

# Chronologie der Krise in der Ukraine: eine aktuelle Bestandsaufnahme (Teil 2)

Velina Tchakarova

## Die Eskalationsspirale im Osten und Süden der Ukraine

Die ersten Unruhen begannen in den östlichen und südlichen Oblasten der Ukraine (Charkiw, Odessa, Mariupol, Donezk und Lugansk), nachdem die Werchowna Rada ein Gesetz aufgehoben hatte, welches den Status der russischen Sprache im Osten und Süden des Landes schützte. Es bildete sich eine Anti-Maidan Protestbewegung in mehreren Orten, welche die Übergangsregierung in Kiew nicht akzeptieren wollte und dagegen zu protestieren begann.<sup>1</sup> Darüber hinaus formierten sich bewaffnete Gruppen, die von den Medien und Experten als pro-russische Separatisten oder Rebellen bezeichnet wurden, da Moskau sich für ihre Anforderungen nach mehr Autonomie und Mitspracherecht für die russisch-sprechende Bevölkerung in der Ukraine einsetzte. Schließlich hob die organisierte Anti-Maidan Protestbewegung hervor, dass rechtsextremistische Elemente in der ukrainischen Übergangsregierung für die Bevölkerung im Süden und Osten eine Bedrohung darstellen würden.

Russland nutze die Anti-Maidan Stimmung in diesen Gebieten aus, um die Lage dort indirekt weiterhin eskalieren zu lassen und somit die Übergangsregierung Kiews in Schach zu halten. So wurden beispielsweise überraschende Militärmanöver an der ukrainisch-russischen Grenze durchgeführt, welche teilweise bis zu 60 000 Truppen mobilisierten.<sup>2</sup> Dies führte immer wieder zu heftigen Diskussionen während der letzten Monate, ob es zu einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen ukrainischen und russischen Truppen an der gemeinsamen Grenze kommen könnte, was als eine militärische Invasion Russlands eingestuft werden würde. Hinzu kam, dass die Nordatlantische Allianz (NATO) sich bereit erklärte mehr Truppen in Osteuropa stationieren zu lassen. US-Raketenerstörer begannen im Schwar-

zen Meer zu patrouillieren. Die NATO startete ebenso militärische Übungen mit zentral- und osteuropäischen Ländern in unmittelbarer Nähe zur Ukraine.<sup>3</sup> Trotz dieser militärischen Manöver und Eskalationsstufen, schien eine russische Invasion in die Ukraine keine wirklich realistische Bedrohung zu sein. Spätestens im Mai verkündete die NATO, einen ersten Truppenabzug Russlands von der russischen Grenze beobachtet zu haben.

Nach den Ereignissen in der Republik Krim, fanden am 22. März auch erste organisierte Proteste im Osten der Ukraine statt. Die Demonstranten forderten eine größere Autonomie, vorgezogene lokale und regionale Wahlen sowie die Durchführung eines Referendums, welches das Schicksal der östlichen Oblaste der Ukraine bestimmen sollte. Einen Tag später versammelten sich Menschen zu Protesten in mehreren Städten im Süden und Osten der Ukraine - Odessa, Charkow, Donezk und Lugansk. Bei den Protesten ging es um Forderungen für mehr Autonomie und sogar einen Beitritt zur Russischen Föderation. Allerdings zeigten letzte Umfragen, dass nur 33% der Bevölkerung in Donezk sich für einen Beitritt aussprachen.<sup>4</sup>

Anfang April stürmten mehrere hundert Separatisten die lokalen Verwaltungsgebäude in Donezk und zogen ins Gebäude ein. Von dort aus erklärten sie am 7. April die Gründung der Volksrepublik Donezk (VRD). Ähnliche separatistische Bewegungen verbreiteten sich in anderen Städten im Süden und Osten der Ukraine. So wurde das Gebäude des Sicherheitsdienstes der Ukraine in der Stadt Lugansk besetzt. Ende April entstand nach dem gleichen Schema auch die Volkrepublik Lugansk (VRL) in der benachbarten Oblast von Donezk. Die Forderungen der Separatisten in Lugansk bezogen sich auf Amnestie für alle festgenommenen Demonstranten und Aktivisten, die Einführung der russischen Sprache als Amtssprache und die Durchführung eines

Referendums. Daraufhin wurden am 11. Mai Referenda in den beiden selbsterklärten Republiken durchgeführt, in welchen die Bevölkerung in den zwei Oblaste mit überwiegender Mehrheit für ihre Unabhängigkeit stimmten. So entstanden die Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die sich am 24. Mai zu einem Staat namens Noworossija vereinigten. Noworossija sollte mehrere Gebiete im Donezbecken umfassen - Donezk, Lugansk, Dnipropetrowsk, Saporoschija, Odessa, Nikolajew, Charkow und Cherson.<sup>5</sup>

Anfang Mai beschloss die ukrainische Übergangsregierung nach diesen Ereignissen eine Anti-Terror Operation (ATO) im Osten der Ukraine zu beginnen. Ukrainische Sicherheitskräfte, aber auch eine mit Hilfe des Rechten Sektors von Dimitro Jarosch gegründete paramilitärische Nationalgarde sowie freiwillig gestellte Bataillons wurden in den Oblaste Donezk und Lugansk stationiert. Seit der Einführung der ATO kam es zu heftigen militärischen Auseinandersetzungen.<sup>6</sup>

Darüber hinaus hinterließen die Ereignisse in den östlichen Teilen der Ukraine - insbesondere am 2. Mai in Odessa, am 9. Mai in Mariupol sowie am 27. Mai in Donezk - tiefe Spuren in der Ukraine. In Odessa ereignete sich eine große Tragödie, als brutale Straßenschlachten und ein Großbrand im Gewerkschaftshaus mindestens 48 Tote unter ungeklärten Umständen hinterließen. Beide gegeneinander kämpfenden Gruppen - Maidan-Aktivisten und nationalistisch gesinnte Fußballfans bzw. der pro-russischen Aktivisten - gaben sich gegenseitig die Schuld für die Geschehnisse.<sup>7</sup>

Am 7. Mai fand eine umfassende ATO in Mariupol statt, um die besetzten Verwaltungsgebäude wieder zu befreien. In den darauf folgenden Tagen spitzte sich die Lage dort zu, als eine Gruppe von 60 pro-russischen Separatisten die Polizeistation im Zentrum der Hafenstadt



stürmte. Bei den Gefechten kamen mindestens 21 Personen ums Leben.<sup>8</sup> Allein in der Stadt Donezk wurden am 27. Mai während der ATO über 55 Menschen getötet, wobei 33 Menschen russischer Herkunft waren.<sup>9</sup> Auf den von Separatisten unter ihre Kontrolle gebrachten Flughafen in Donezk wurden Angriffe aus der Luft und durch Fallschirmjäger ausgeführt. Bei einem Angriff der Separatisten auf einen ukrainischen Hubschrauber kamen 12 Menschen ums Leben, einschließlich eines ukrainischen Generals.<sup>10</sup> Insbesondere standen Donezk und Lugansk in den letzten Mai- und den ersten Junitagen unter regelmäßigem Beschuss und Luftangriffen, welche auch Zivilopfer hinterließen. Auch diesbezüglich geben sich Separatisten und die ukrainischen Truppen gegenseitig die Schuld, wer für den Beschuss und das Bombardement verantwortlich ist. Nach offiziellen Angaben der pro-russischen Separatisten wurden allein während der ersten zehn Tage bereits mehr als 100 Menschen getötet - allerdings nicht nur ukrainische Sicherheitskräfte und -truppen, sondern auch ausländische Söldner.<sup>11</sup>

Im Unterschied zu der Krim, geht es bei den Selbstbestimmungsbestrebungen von Donezk und Lugansk nicht primär um einen Beitritt zur Russischen Föderation, was von einem sehr geringen Anteil der Bevölkerung gefordert wird. Ein Föderalisierungskonzept für diese zwei Gebiete findet zwar mehr Unterstützung, dennoch bleibt auch unklar, inwieweit dieses Modell tatsächlich von den Menschen dort angestrebt wird. Schließlich haben sich beide selbsterklärten Republiken zu einer gemeinsamen Republik Noworossija zusammengeschlossen. Immer wieder kamen Forderungen von den Anführern der Separatisten in VRD und VRL - Denis Puschinin und Valeri Bolotow - an Russland, in den bewaffneten Konflikt militärisch einzugreifen und die selbst-erklärten Republiken politisch zu unterstützen. Bis jetzt erklärte Russland sich bereit, humanitäre Hilfe in den Osten zu schicken. Mit Einverständnis Russlands wurden circa 200 Kinder aus der belagerten Stadt Slowjansk evakuiert und bekamen eine Unterkunft auf der Krim.

### Die Präsidentschaftswahl am 25. Mai

Nach der Bildung einer Übergangsregierung war die Frage durchaus wichtig, ob eine politische Figur der nationalen Einheit bei den geplanten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 25. Mai gewählt werden kann. Diese

politische Figur sollte sowohl für die westlichen als auch die südöstlichen Teile der Ukraine als Faktor der Vereinigung dienen. Sehr schnell kristallisierte sich ein grundlegendes Problem heraus, nämlich dass es inmitten der ukrainischen Krise keine Politik gab, die sowohl die nationale Einheit im Land bündeln konnte, als auch das notwendige Führungspotential aufwies, die Ukraine aus der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise herauszuholen. Die Präsidentschaftskandidatin Julia Timoschenko, die von der Übergangsregierung freigelassen worden war, genoss in großen Teilen der Bevölkerung keine Popularität mehr aufgrund ihrer kompromittierten politischen Vergangenheit. Daher erweist sich als sehr fraglich, wieso die EU bereits vor dem Gipfeltreffen im November 2013 die Freilassung einer politisch korrupten Persönlichkeit als notwendige Bedingung für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine gestellt hatte. Schon damals war ziemlich klar, dass Viktor Janukowitsch diese politische Bedingung unmöglich hätte erfüllen können, wohlwissend dass Julia Timoschenko seine größte politische Rivalin bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2015 hätte sein können.

Vitali Klitschko nahm mit seiner Partei UDAR nicht an der Übergangsregierung teil. Inmitten der politischen Krise, während der die Verhandlungen zwischen Viktor Janukowitsch und den Euromaidan Oppositionsleitern weiter voran schritten, kam es zu einer überraschenden Enthüllung. In einem abgehörten Telefonat zwischen Viktoria Nuland (Assistent Secretary am US-Außenministerium für Europa und Eurasien) und dem US-Botschafter in der Ukraine - Geoffrey Pyatt - wurde klar, dass die USA eine eigene Strategie in Kiew haben. Aus diesem Telefonat ging hervor, dass der Euromaidan-Oppositionsleiter Arsenij Jazenjuk aus amerikanischer Sicht als Chef der Übergangsregierung der geeignete Kandidat wäre. Außerdem wurde klar, dass die USA eine Zusammenarbeit mit der UNO statt der EU bei der Beilegung der ukrainischen Krise vorzogen.<sup>12</sup>

Insgesamt 60,55% der ukrainischen Wähler übten am 25. Mai ihr Wahlrecht in 146 Wahllokalen aus. Der unabhängige Kandidat Petro Poroschenko, der 2013 auf der Liste der ukrainischen Oligarchen den siebten Platz einnahm, gewann überragend mit absoluter Mehrheit bereits in der ersten Wahlrunde. Es gaben 54,7% der

Wähler ihre Stimme für ihn ab, während Julia Timoschenko 12,8% und der drittplatzierte Kandidat Oleg Ljaschko 8,3% gewinnen konnten.<sup>13</sup> Petro Poroschenko's politische Vergangenheit war bereits sehr interessant: er unterstützte finanziell die Orange Revolution 2004, war dann Wirtschaftsberater von Viktor Juschtschenko, Außenminister bei Julia Timoschenko und schließlich Wirtschaftsminister bis 2012 bei Viktor Janukowitsch. Poroschenko's Unternehmensgruppe Ukroinvest umfasst Schokoladenprodukte, Medien, Schiffbau und Rüstungsproduktion. Er zeigte sich während seiner Wahlkampagne bereit, einen Kompromiss mit Russland zu suchen, jedoch nicht zu den Fragen des Status der Republik Krim sowie von Donezk und Lugansk. Er betonte immer wieder seine Bereitschaft die Europäisierung der Ukraine als höchste Priorität einzustufen und sogar eine vollwertige EU-Mitgliedschaftsperspektive anzustreben. Schließlich kann man festhalten, dass der neue ukrainische Präsident ein routinierter politischer Entscheidungsträger ist, der an allen politischen Konstellationen seit der Unabhängigkeit der Ukraine beteiligt war, was ein Signal für starke politische Flexibilität ist.

Auch die Bürgermeisterwahlen in Kiew wurden in der ersten Runde entschieden. Vitali Klitschko gewann die Wahl mit über 57,4% der Stimmen. Darüber hinaus wurde nach der Wahl am 25. Mai klar, dass acht Parteien in die Kiew Rada gehen, wobei Klitschkos Partei UDAR mit ca. 43% deutlich führte. Allerdings bekamen zwei Parteien - die Radikale Partei von Oleg Ljaschko (der drittplatzierte Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen) und die radikale Partei Swoboda jeweils über 7% aller Stimmen. Timoschenkos Partei Vaterland bekam nur ca. 4% der Stimmen.<sup>14</sup> Die radikalen Elemente der Protestbewegung am Maidan-Platz machten sich auch nach der Beilegung der Krise im Februar bemerkbar. So protestierten circa zweitausend Mitglieder vom Rechten Sektor vor dem Parlament (Werchowna Rada), als ein Mitglied des Rechten Sektors - Oleksandr Musjatschko - unter ungeklärten Umständen (laut der offiziellen Version des ukrainischen Innenministeriums mit fünf Schüssen) Selbstmord begangen hatte. Der neue Verteidigungsminister Arsen Awakow begann nachher eine Aktion von Razzien gegenüber dem Rechten Sektor und war laut diesem angeblich für dem Befehl zur Entfernung von "Sascha Billi" verantwortlich.<sup>15</sup>

Nach den Wahlen am 25. Mai blieb die Lage in der Ukraine instabil. In einer seiner ersten Reden unterstrich der neu gewählte Präsident Petro Poroschenko, dass die Ukraine mit Terroristen im Osten des Landes nicht verhandle und diese weiterhin bekämpfen werde. Einen Tag nach seiner Wahl verordnete er, die ATO in den östlichen Oblasten der Ukraine weiterzuführen. Das kam offenbar in einen Konflikt mit den Genfer Vereinbarungen vom 17. April, welche vor allem den Verzicht auf Gewalt, die Entwaffnung aller beteiligten Konfliktparteien und paramilitärischen Gruppen in der Ukraine sowie die Freigabe von besetzten Gebieten und Orten vorsahen.<sup>16</sup> Auch eine Amnestie wurde allen Konfliktteilnehmern, die ihre Waffen freiwillig abgeben bzw. sich aus besetzten Gebäuden zurückziehen würden, zugesichert.

Die Werchowna Rada beschloss auch ein Memorandum zur Einigkeit.<sup>17</sup> Dieses handelte von der Förderung des nationalen Dialogs sowie der Gewährleistung von Frieden und Einigkeit in der Gesellschaft. Im Memorandum standen die Dezentralisierungspläne und die Verfassungsreform im Mittelpunkt, aber auch das Machtgleichgewicht sollte sowohl auf nationaler Ebene als auch auf lokaler Ebene sichergestellt werden. Schließlich wurde im Memorandum auch wie in den Genfer Vereinbarungen eine Amnestie denjenigen zugesprochen, die freiwillig die Waffen niederlegen und die besetzten öffentlichen Gebäude verlassen würden, außer in den Fällen besonders schwerwiegender Verbrechen.

Die Ukraine (obwohl von einem Wirtschaftskollaps gefährdet, mit einer moralisch und technisch degradierten Armee, weitere territoriale Abspaltungen abwehrend sowie durch defekte und schwache Staatsstrukturen stark beeinflusst) befindet sich unumstritten nach den Präsidentschaftswahlen weiterhin in einer äußerst schwierigen Situation, in welcher auch drastische Entscheidungen gefragt sind. Hinzu kommt, dass die in jeder Hinsicht geschwächte Ukraine dem Druck von einem ungleich starken und einflussreichen direkten Nachbarn – Russland – standhalten muss. Um dies zu erreichen, ist die Ukraine auf externe Hilfe angewiesen. Die EU hat die Ukraine aus internen Gründen (Verfassungsreformen, Konsolidierung, Festigung der europäischen Strukturen und Organe) und externen Gründen (Euro-Krise, Finanzkrise, Wirtschaftsstagnation, Erweiterungswellen) in den

vergangenen zwei Jahrzehnten viel zu lange vernachlässigt. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass die neue ukrainische Regierung (Parlamentswahlen finden noch dieses Jahr statt) unter dem neuen Präsidenten Petro Poroschenko erneut die Gesuche an die EU hinsichtlich einer Beitrittsperspektive stellen wird. Diesmal wird die EU keine berechtigten Gründen mehr haben, der Ukraine keine Beitrittsperspektive zu gewähren.

### Die Akteure in der ukrainischen Krise

Die OSZE versuchte bei der Konfliktbeilegung aktiv mitzuwirken. Der OSZE-Vorsitzende Didier Burkhalter schlug eine Road Map für die Ukraine bis zur Durchführung der Präsidentschaftswahlen vor, auf welche die EU, die USA und Russland positiv reagierten. Mittels dieser Road Map wurde internationale Vermittlung durch einen prominenten deutschen Diplomaten – Wolfgang Ischinger – gewährt, mehrere Runde Tische zur nationalen Einheit organisiert sowie die Unterstützung für die Implementierung der Genfer Vereinbarungen bestärkt. Auch unter der Vermittlung der OSZE fanden die drei Nationalen Runden Tische zur Konfliktbeilegung und zu Nationalem Dialog in der Ukraine statt.<sup>18</sup> Die wichtigsten Probleme im politischen und sozio-ökonomischen Bereich sowie Fragen der Dezentralisierung und der Verfassungsreform wurden intensiv diskutiert. Allerdings nahmen Vertreter der südlichen Oblaste an diesen Runden Tischen nicht teil. Eine Beobachtungsmission der OSZE mit über hundert Personen wurde für sechs Monate ins Leben gerufen und könnte nach Bedarf sogar auf fünfhundert Mitarbeiter aufgestockt werden. Ziel der OSZE-Beobachtungsmission war es, die Sicherheitssituation zu überwachen und von Menschenrechtsverletzungen zu berichten. Ende Mai wurden aber zwei Beobachter-Teams der OSZE in Donezk und Lugansk von den Separatisten wegen Verdacht auf Spionage festgenommen.

Die Euro-Atlantische Gemeinschaft (EU, USA, NATO) verfolgte in der ukrainischen Krise von Anfang an eine klare Linie der politischen, wirtschaftlichen sowie moralischen Unterstützung für die Ukraine, während sie ausdrücklich Russland für die Zuspitzung der Krise beschuldigte. Die Abspaltung der Krim und deren Beitritt zu der Russischen Föderation lehnte die Euro-Atlantische Gemeinschaft strikt als verfassungswidrig ab, vor allem aufgrund der militärischen

Präsenz russischer Truppen vor Ort. Darüber hinaus warf der Westen Russland eine militärische und nichtmilitärische Unterstützung für die pro-russischen Separatisten in der östlichen Ukraine vor. Gleichzeitig verhängte die EU (auch die USA) im Rahmen eines Dreistufenplans Sanktionen gegenüber Russland wegen mutmaßlicher Einmischung in die ukrainische Krise. Soweit froren mehrere EU-Mitgliedstaaten Konten von russischen Politikern und Geschäftsleuten ein, verhängten Einreiseverbote und setzten diese auf schwarze Listen. Als letzte Stufe wurden noch Wirtschaftssanktionen geplant, aber diese sind noch nicht umgesetzt worden. Ein Schritt in Richtung Wirtschaftssanktionen war allerdings der Ausschluss Russlands aus dem Klub der acht führenden industriellen Länder der Welt (G8), wobei ein erstes G7 Treffen bereits im März ohne Russland stattfand.<sup>19</sup>

Die USA unterstützten politisch und finanziell die Übergangsregierung und die Bemühungen Kiews aus der Krise herauszukommen. Sie sagten bereits 50 Mio. USD für die demokratische Entwicklung der Ukraine zu. Aus der Sicht der USA und der EU waren unter den pro-russischen Separatisten in den Oblasten Donezk und Lugansk teilweise auch russische Spezialkräfte tätig, die bereits im Georgienkrieg und dann auf der Krim beobachtet worden waren.

Russland wiederum argumentierte, dass der Westen (die Euro-Atlantische Gemeinschaft) einen Regimewechsel in der Ukraine angestrebt und mitorganisiert hätte, und zwar nach dem Beispiel der Farbrevolutionen in den arabischen Ländern während des Arabischen Frühlings bzw. im post-sowjetischen Raum (beispielsweise die Orange Revolution in Kiew 2004). Russland beschuldigte den Westen somit eines Staatsstreichs im Februar, wobei auch nationalistische rechtsextreme Kräfte zu diesem Zweck gefördert und unterstützt wurden. Aus russischer Sicht befinden sich Moskau und Kiew in der schwierigsten Periode ihrer Beziehungen seit der Unabhängigkeit. Russland zeigte sich zwar bereit zu einem Dialog mit der Ukraine zwecks einer Konfliktlösung, dennoch stellte es einige notwendige Bedingungen: Die Ukraine möge die Anti-Terror-Operation einstellen, die russisch-ukrainische Grenze nicht schließen und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten nicht verlassen. Die russische Führung wies auf die gravierenden sozio-ökonomischen Bedingungen hin, die bedrückende Armut und Unterent-



wicklung in den östlichen Oblasten der Ukraine, welche die Übergangsregierung in Kiew seit Februar nicht berücksichtigte und somit separatistische, zentrifugale Kräfte dort entstehen ließ. Die russischen Vorschläge gingen auf einen nationalen Dialog mit Teilnehmern aus allen Oblasten der Ukraine und eine gegenseitig akzeptierte Verfassungsreform ein. In diesem Sinne befürwortete Russland die Durchführung der Präsidentschaftswahlen als einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung. Schließlich respektierte Russland die Wahlergebnisse, auch wenn nur wenige Wahllokale in den südlichen Oblasten in Donezk und Lugansk geöffnet waren.<sup>20</sup>

Insgesamt ist festzuhalten, dass Russland und der Westen sich gegenseitig der Voreingenommenheit und Einmischung in die ukrainische Krise beschuldigen. Die EU und USA werfen Russland vor, den politischen Prozess in der Ukraine nach der Bildung der Übergangsregierung negativ zu beeinflussen und gleichzeitig die separatistischen Bewegungen im Osten und Süden mit militärischen und nichtmilitärischen Mitteln zu unterstützen. Darüber hinaus wird Russland vorgeworfen, Söldner aus der Russischen Föderation (auch Nord Kaukasus) über die russisch-ukrainische Grenze illegal überqueren zu lassen, die Operationspläne der separatistischen Selbstverteidigung durch russische Sicherheitsdienste zu unterstützen und somit praktisch die südlichen Oblaste der Ukraine infiltriert zu haben.

Hingegen beschuldigt Russland die EU und die USA der Doppelstandards gegenüber der Ukraine, weil aus russischer Sicht ein Regimewechsel durch einen Staatsstreich mit deren Unterstützung stattgefunden hat. Darüber hinaus wirft Moskau dem Westen vor, die Ukraine durch den politischen Regimewechsel zu einer Unterzeichnung des AA bewegt zu haben. Moskau ist fest davon überzeugt, dass die USA die Revolution am Maidan-Platz taktisch und operativ mitgestalten haben und ihre Sicherheitskräfte bereits vor Ort aktiv sind. Aus russischer Sicht sind die Bemühungen zu einer Ermittlung der Scharfschützen am Maidan-Platz sowie die mangelhafte Ermittlung der Geschehnisse in Odessa am 2. Mai nicht zufriedenstellend und sind wiederum ein Grund für Misstrauen gegenüber der Übergangsregierung. Weiterhin sieht Russland in der amerikanischen Haltung während der ukraini-

schen Krise eindeutig die strategischen Interessen der USA. Diese umfassen die Errichtung von Militärbasen auf ukrainischem Territorium in unmittelbarer Nähe Russlands, um die Ukraine für die europäische Antiraketenabwehr zu nutzen sowie die Interessen amerikanischer Unternehmen durchzusetzen. So zeigte sich Chevron an einem Schellgas-Vertrag erneut interessiert, während das Unternehmen sich gleichzeitig aus Nachbarländern wie Bulgarien (aufgrund eines Moratoriums) und Rumänien (aufgrund sehr niedriger Unterstützung in der Bevölkerung) hochwahrscheinlich zurückziehen wird. Der Sohn des US-Vizepräsidenten Joe Biden stieg in den Vorstand des größten ukrainischen Gasversorgers Burisma Holding berufen.

Aber auch der Westen sieht starke russische Interessen hinter dem Engagement in der Ukraine. So stellte Russland mit der Abspaltung von der Krim ein strategisch sehr wichtiges Territorium sicher, und zwar nicht nur mit Blick auf die Errichtung eines eigenen Hafens für den Ausbau der russischen Schwarzmeerflotte sondern auch mit Blick auf voraussichtliche Rohstoffgewinnung (Gas- und Ölreserven) im Schwarzen Meer. Durch die Abspaltung der Krim bezweckte Russland schließlich, auch die Seidenstraße von China nach Europa durch die Krim umzuleiten, um geopolitisch neue Realitäten zu schaffen. Aus heutiger Perspektive ist festzuhalten, dass nach dem Ausbruch der Krise in der Ukraine nicht nur die Rhetorik, sondern auch die faktische Zusammenarbeit zwischen der Euro-Atlantischen Gemeinschaft und Russland sich in allen Bereichen endgültig ändern wird. Es zeichnet sich eine besorgniserregende Tendenz einer neuen Ost-West-Spaltung ab, welche zu dauerhaften Veränderungen in der europäischen Sicherheitsarchitektur führen und die Zukunft der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland bestimmen wird.

#### Literatur

1. "Massive anti-Maidan rallies grip eastern Ukraine as residents demand referendum". Russia Today. Retrieved 18. April 2014. <http://rt.com/news/east-ukraine-rallies-referendum-701/>
2. "Putin's military exercises are more than a game". The Guardian. Retrieved 28.4.2014. <http://rt.com/news/east-ukraine-rallies-referendum-701/>
3. "Ukraine Krise: NATO erwägt dauerhafte Stationierung in Osteuropa". Der Spiegel. Retrieved 9. Mai 2014. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-nato-erwaegt-in-osteuropa-dauerhaft-truppen-a-967963.html>
4. "Second day of Ukraine protests brings calls for referendum". [http://triblive.com/news/adminpage/5819022-74/ukraine-](http://triblive.com/news/adminpage/5819022-74/ukraine-russia-russian#axzz2wvt4yWdf)

5. "Ukraine rebels hold referendums in Donetsk and Lugansk". BBC. Retrieved 12. Mai. 2014. <http://www.bbc.com/news/world-europe-27360146>
6. "Ukraine launches anti-terrorist operation in the east." The Telegraph. Retrieved 28. Mai 2014. <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/ukraine/10767005/Ukraine-launches-anti-terrorist-operation-in-the-east.html>
7. "Dutzende Brandopfer in Odessa: Tödlicher Hass". Spiegel Online. Retrieved 27. Mai 2014. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-tote-bei-feuer-in-odessa-nach-brandstiftung-a-967340.html>
8. "Tote bei Kämpfen in ukrainischer Hafenstadt Mariupol". Deutsche Welle. Retrieved 1. June 2014. <http://www.dw.de/tote-bei-k%C3%A4mpfen-in-ukrainischer-hafenstadt-mariupol/a-17624244>
10. "Rebellen stürmen Kaserne bei Lugansk". N-TV. Retrieved 2. February 2014. <http://www.n-tv.de/politik/Rebellen-stuermen-Kaserne-bei-Lugansk-article12923151.html>
11. "Schon mehr als 100 Tote seit Beginn von "Anti-Terror-Operation". Tiroler Tageszeitung. Retrieved 29.5.2014. <http://www.tt.com/politik/8406305-91/schon-mehr-als-100-tote-seit-beginn-von-anti-terror-operation.csp>
12. "'Fuck the EU' bringt US-Diplomatin in Erklärungsnot." Die Welt. <http://www.welt.de/politik/ausland/article124612220/Fuck-the-EU-bringt-US-Diplomatin-in-Erklarungsnot.html>
13. "Poroschenko ist offizieller Sieger". Zeit Online. Retrieved 30. Mai 2014. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/ukraine-live-blog-montag-26-mai>
14. "Traum in Erfüllung gegangen". ORF. Retrieved am 27. Mai 2014. <http://orf.at/stories/2231492/2231493/>
15. "Ukraine's police crack down on Nationalist Right Sector after death threats". The Moscow Times. Retrieved 28. March 2014. <http://www.themoscowtimes.com/news/article/ukraines-police-crack-down-on-nationalist-right-sector-after-death-threats/496891.html>
16. "Ukraine-Gipfel in Genf: Einigung auf Entwaffnung illegaler Gruppen". Der Standard. Retrieved 18. April 2014. <http://der-standard.at/1397520853199/Ukraine-Angespannte-Lage-vor-Treffen-in-Genf>
17. "Verkhovna Rada passes unity memorandum". Embassy of Ukraine. Retrieved 26. Mai 2014. <http://rsa.mfa.gov.ua/en/press-center/news-from-ukraine/854-verkhovna-rada-passes-unity-memorandum>
18. "OSZE-Chef: Umsetzung von Roadmap für Ukraine beginnt". RIA Novosti. Retrieved 13. Mai 2014. <http://de.ria.ru/politics/20140513/268481365.html>
19. "G-7 threatens Russia with more sanctions, scraps Sochi Summit". Bloomberg BusinessWeek. Retrieved 24. March 2014. <http://www.businessweek.com/news/2014-03-24/g-7-threatens-russia-with-more-sanctions-scraps-sochi-summit>
20. "Russia ready to help Kiev settle crisis if they make correct decisions - Russian diplomat." ITAR-TASS. Retrieved 29. Mai 2014. <http://en.itar-tass.com/russia/733835>

*Velina Tchakarova ist AIES Senior Research Fellow.*

© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2014

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Schlossgasse 6, A-2344 Maria Enzersdorf  
Tel. +43 (0)2236 411 96, Fax. +43 (0)2236 411 96-9  
E-Mail: [office@aies.at](mailto:office@aies.at), [www.aies.at](http://www.aies.at)

Layout: AGENCY Medienbüro Patrick Meyer